



## Presseinformation

Nr. 566/2011

Kiel, Mittwoch, 16. November 2011

Finanzen / Schülerbeförderung

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige**, MdL  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Katharina Loedige: Gesetzentwurf ist realitätsfremd!

In ihrer Rede zu **TOP 4** (Gesetzentwurf zur kostenfreien Schülerbeförderung) sagte die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„Die Übernahme der Schülerbeförderungskosten als freiwillige Leistung kann das Land nicht mehr anbieten, weil es in vielen Bereichen jahrzehntelang über seine finanziellen Verhältnisse gelebt hat. Vorherige Regierungen haben eine rücksichtslose Ausgabenpolitik betrieben und immer mehr Schulden aufgehäuft.“ Die schwarz-gelbe Regierungskoalition sei daher zu diesem Schritt gezwungen gewesen, um der Jugend von heute eine Perspektive zu geben. Denn immer mehr Zinsen für jährlich neue Schulden würden den Spielraum zur Gestaltung von Zukunft immer weiter einengen.

„Wenn wir nicht in dieser Weise handeln würden, dann wäre das Land in kurzer Zeit handlungsunfähig, und die Jugend würde nur noch die Schulden ihrer Eltern bezahlen. Der Gesamttitel der Schülerbeförderungskosten im Haushalt hatte eine Höhe von 7,1 Mio. Euro. Wenn man allein diesen Titel hätte halten wollen, hätten aufgrund der katastrophalen Finanzsituation des Landes Einsparungen in gleicher Größenordnung erbracht werden müssen.“ Im Haushalt des Bildungsministeriums hätten das beispielsweise Einschnitte in den Vertretungsfonds für Lehrkräfte bedeutet und auch die Schulsozialarbeit hätte dann nicht eingeführt werden können. Das seien aus Sicht der FDP-Fraktion keine Alternativen gewesen. Außerdem sei es für Schleswig-Holstein als Nehmerland im Finanzausgleich gegenüber Geberländern nicht vertretbar, freiwillige Leistungen anzubieten, die diese nicht anbieten.

„Dass der Gesetzentwurf der Linken auch noch eine Ausweitung der Schülerbeförderung fordert, obwohl dieses Land sich nicht einmal die alte Regelung leisten kann, zeigt nur – wieder einmal – wie realitätsfremd linke Politik ist“, erklärt Loedige abschließend.